Ressort: Politik

Grünen-Antrag: Pestizid-Einsatz um 40 Prozent senken

Berlin, 22.02.2018, 04:00 Uhr

GDN - Die Grünen bringen an diesem Donnerstag in den Bundestag einen Antrag zur Reduzierung von Pestiziden ein. Die "Heilbronner Stimme" berichtet darüber.

In dem Antrag "Pestizide jetzt wirksam reduzieren" heißt es: "Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bis Ende 2018 ein Pestizidreduktionsprogramm zu starten. Übergeordnetes Ziel ist dabei, den Pestizideinsatz in den nächsten vier Jahren um 40 Prozent zu senken. Der Einsatz besonders problematischer Stoffe wie der Totalherbizide Glyphosat und Glufosinat und der bienengefährdenden Neonicotinoide wird beendet." Weiter wird gefordert, den "Anteil der Flächen ohne Pestizideinträge deutlich zu erhöhen, zum Schutz der Artenvielfalt und um Rückzugsmöglichkeiten für Pflanzen und Tiere (Insekten) zu sichern. Hierfür sollte das Pflanzenschutzgesetz so ergänzt werden, dass sensible Bereiche (u.a. Natur- und Trinkwasserschutzgebieten, Vogelschutz- und FFH-Gebieten, artenreiches Grünland) generell pestizidfrei gehalten und ökologische Ausgleichsflächen festgelegt werden. Der Einsatz von Pestiziden in blühenden Beständen und vor der Ernte wird untersagt." Der Grünen-Agrarexperte Harald Ebner sagte dazu der "Heilbronner Stimme" (Donnerstag): "Dass wir die Pestizide auf unseren Äckern drastisch reduzieren müssen, ist inzwischen breiter Konsens zwischen Bauern, Bürgern und Politik. Selbst CDU, CSU und SPD wollen in ihrer neuen Koalition angeblich Pestizidreduktion und Glyphosat-Ausstieg – just nachdem ihr eigener Minister den auf europäischer Ebene just mal eben vorsätzlich verhindert hat. Gewisse Zweifel sind also angebracht. Wenn sie es wirklich ernst meint, muss die neue Bundesregierung von Anfang an Nägel mit Köpfen machen." Ebner ergänzte: "Wir fordern als ersten Schritt verbindlich 40 Prozent Pestizidreduktion in den nächsten vier Jahren und den Ausstieg aus Glyphosat, Glufosinat und den bienengefährdenden Neonikotinoiden. Ohne solchen konkreten Festlegungen wird auch die nächsten vier Jahre nichts passieren – genau wie in den letzten vier Jahren." Weiter werden in dem Antrag unter anderem die Durchsetzung der Vorgaben der EU-Richtlinie über integrierten Pflanzenschutz, inklusive der Überwachung von Schadorganismen und der Einrichtung unbehandelter Kontrollparzellen. Außerdem heißt es: "Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bis Ende 2018 ein Konzept für ein monetäres Anreizsystem zur Pestizidreduktion, wie beispielsweise eine Pestizidabgabe, zu erarbeiten." Ferner schlagen die Grünen in Antrag vor, "repräsentatives Monitoring zu etablieren, das den bundesweiten Einsatz von Pestiziden kultur-, hektar- und wirkstoffbezogen erfasst, sowie die Belastung von Menschen, Luft, Böden und Gewässern mit Pestizidrückständen und ihren Metaboliten abbildet". Die Grünen kritisieren, dass der Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden seit Jahren auf einem hohen Niveau verharre, mit drastischen Folgen für Biodiversität, Umwelt und Gesundheit. Dazu heißt es in dem Antrag: "Über 100.000 Tonnen Pestizide werden jährlich in Deutschland verkauft. Auf deutschen Äckern werden 50 Prozent mehr Pestizide als 1995 eingesetzt, seit 1970 hat sich die Giftmenge sogar mehr als verdoppelt – obwohl immer wirksamere und damit oft auch toxischere Wirkstoffe eingesetzt werden." Die Grünen zitieren Studien, nach denen "wir bereits bis zu 80 Prozent der Insektenbiomasse und eine Vielzahl von Arten in den letzten 27 Jahren verloren haben." Dieses dramatische Insektensterben sei auch auf den Einsatz von Pestiziden zurückzuführen. Für Glyphosat, aber auch für andere Stoffe, gebe es außerdem deutliche Hinweise darauf, dass sie auch das Bodenleben schädigen – und "damit langfristig sogar die Grundlage für den Anbau unserer Lebensmittel entziehen".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-102452/gruenen-antrag-pestizid-einsatz-um-40-prozent-senken.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der

allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com